

# Zwischenruf

„Das ganze Projekt ist ein Triumph der Symbolpolitik“. Die Rede ist vom Verfassungsentwurf für die Europäische Union und der Redner war der frühere Bundesverfassungsrichter Dieter Grimm. Bewegt sie sich damit auf der Ebene der Europa-Fahne und der gleichnamigen Hymne? Warum gibt es dann vom Vatikan bis zu den in der Brüsseler Lobby vertretenen nicht-römischen Kirchen die Forderung, Gott als Bezugspunkt in den Verfassungsentwurf aufzunehmen?

Ist es die alte Tradition des „*Christlichen Abendlandes*“, das seit den Pilgervätern jene staatsfreien und stärker an der Bergpredigt orientierten christlichen Gemeinschaften aus Europa in genau jenes Land vertrieb, in dem heutzutage – vom Präsidenten angefangen bis zu den 1600 fundamentalistischen Radiostationen und 150 Fernsehsendern der religiösen Rechten – der „God Talk“ blüht und Politik macht? Oder hat der jüdisch-orthodoxe Jurist Joseph Weiler aus Cambridge Recht, der in der Anrufung Gottes einen pluralistischen Protest gegen eine „relativistische Toleranz“ sieht? Habe sich Europa nicht zu jenem gegenseitigen Respekt vor den „Anderen“ durchgerungen, gerade auf Grund eines ernst genommenen Streits um die Wahrheit, wie menschliches Leben zu verstehen und zu gestalten sei? „*Gott und der Wahrheitsanspruch der Religionen stehen in der Tat gegen jede Gleichgültigkeit eines „Anything goes*“, der beispielsweise ein Unterschied in der Produktion „von Giftgas und Kinderbettchen“ (D. Sölle) ebenso egal ist wie diese oder jene Behandlung von Frauen.

Es wäre schön, wenn der Inhalt der Verfassung den Gottesbezug nicht zu jenem jovialen Teufelswort (aus Goethes Faust) entleerte „... von Zeit zu Zeit seh' ich den Alten gern!“, um dann, ungestört durch den gerade Angesprochenen, sich seinen Geschäften – im wahrsten Sinn des Wortes – widmen zu können. Dann ist Preisstabilität ein Verfassungsziel, gerechte Preise für die Rohstofflieferanten aus Afrika sind es nicht; dann sind militärische Interventionen außerhalb Europas und seine verstärkte Aufrüstung Verfassungsauftrag, aber kein humanes Asylrecht; dann regiert „eine offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“, eine Deregulierung der Märkte zugunsten der marktbeherrschenden Akteure, aber keine Freiheit und Chancengleichheit, das heißt, keine Marktregulierung zugunsten der Schwächeren.

Wer von Gott redet, muss auch von seiner Gerechtigkeit sprechen, die für eine gerechte Verteilung von Lebenschancen und Lebensmitteln durch die eintritt, die ihn anrufen, und nicht nur für Leistungsgerechtigkeit. Seine Perspektive von Globalisierung hat nicht zuerst die globale Beweglichkeit von Kapital, von Tourismus- und Unterhaltungsindustrie und von Informationen im Blick, sondern die weltweite Besorgung von Menschenrechten und Entsorgung von Waffen. Wer von Gott redet, darf vom Verfassungsziel und einer europäischen Politik für Frieden heute und für eine Erhaltung der Schöpfung für morgen nicht schweigen.

Von Gott, dessen Name so schändlich missbraucht wurde und wird, sollte die Verfassung besser schweigen. Umso eindeutiger sollte sie die biblischen Handlungsorientierungen benennen, die ein gerechtes und friedentiftendes Handeln verlangen, die Befreiung aus Unterdrückung, Lüge und Gewalt fordern und die Welt in einem lebensfähigen und lebenswerten Zustand unseren Kindern weitergibt. Die abrahamischen Religionen sowie Europas säkularisierte Gesellschaften leben alle von diesen Orientierungen. Wie sie gegen all ihre Verknöcherungen und Egoismen heute zu praktizieren sind, darüber haben säkulare und religiöse Gruppen aller Sorten zu streiten.

Martin Stöhr